

## Niederschrift



Gremium: **13. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**  
Sitzungsdatum: **Mittwoch, den 07.10.2009**  
Sitzungsort: **International School Augsburg - ISA, Ziegeleistr. 22, 86368 Gersthofen**  
Beginn: 14:30 Uhr Ende: 17:35 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**

Martin Sailer

**Mitglieder:**

Manfred Buhl  
Renate Durner  
Annemarie Finkel  
Sabine Grünwald  
Sabine Höchtl-Scheel  
Fritz Hölzl  
Gabriele Huber  
Alexander Kolb  
Paul Reisbacher  
Dr. Max Stumböck  
Carolina Trautner  
Bernhard Walter

**Vertreter:**

Marlies Fasching Vertretung für Karl Heinz Jahn  
Henriette Kirst-Kopp Vertretung für Frank Weiher

**Verwaltung:**

Sybille Lichti  
Michael Püschel

**Weitere Anwesende:**

Dieter R. Kirchmair, ehem. Geschäftsführer ISA (zu TOP 1)  
Cathie Mullen, Schulleiterin ISA (zu TOP 1)  
Marcus Wagner, Geschäftsführer ISA (zu TOP 1)  
Harald Stör, Bezirk Schwaben (zu TOP 3)

**Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Vorstellung der Internationalen Schule,  
Herr Dieter R. Kirchmair, Geschäftsführer Intern. Schule Augsburg gGmbH
2. Mittelschulen;  
Stand der Umsetzung im Landkreis Augsburg  
Vorlage: 09/0215
3. Betriebskosten Oberschönenfeld;  
Leistungsvereinbarung mit Bezirk Schwaben  
Vorlage: 09/0216
4. Kulturtage Holzwinkel;  
Antrag auf Zuschuss REAL West e. V.  
Vorlage: 09/0217
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

### Nichtöffentliche Sitzung

7. Ausschreibung freigestellter Schülerverkehr;  
Leistungsbeschreibung  
Vorlage: 09/0218
8. Verschiedenes
9. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

## Öffentliche Sitzung

<b>TOP 1    Vorstellung der Internationalen Schule, Herr Dieter R. Kirchmair, Geschäftsführer Intern. Schule Augsburg gGmbH</b>
---

**Herr Kirchmair** erteilt den Ausschussmitgliedern nach einem kurzen Rundgang nähere Informationen zur Internationalen Schule. Hierzu wird auf die beigefügte Präsentation verwiesen.

**Kreisrat Kolb** erkundigt sich nach dem Einzugsgebiet der Schule, wozu **Herr Kirchmair** mitteilt, dass die Schule vom Einzugsgebiet her ideal liege. Dieses reiche vom Ries im Norden bis in den Süden zur A 96 mit den Orten Igling, Landsberg etc. Im Osten gehe das Einzugsgebiet bis Aichach bzw. etwas darüber hinaus, im Westen erstrecke es sich bis nach Kötz. Man bemühe sich sehr darum, die Busfahrzeiten unter einer Stunde zu halten.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Kirst-Kopp** erklärt **Herr Wagner**, dass öffentliche Verkehrsmittel und auch eigene Buslinien im Einsatz seien. Teilweise werden die Kinder mit dem Taxi transportiert. Herr Wagner macht deutlich, der Transport der Kinder sei eines der größten Probleme für die ISA, da dieser sehr kosten- und zeitintensiv sei und es zudem schwer sei, es allen recht zu machen. Ab einer Strecke von 5 km bis zu einer Strecke von 20 km können Eltern Zuschüsse zu den Fahrtkosten erhalten. Ab einer Entfernung von 20 km werden keine Fahrtkosten erstattet. Hintergrund für diese Regelung sei das eigentliche Bestreben, die Kinder ortsnah zu unterrichten. In den Fällen, in denen es eine Förderung gebe, müssten die Fahrkarten eingesammelt und bei der Regierung von Schwaben eingereicht werden. Ergänzend dazu berichtet **Herr Kirchmair**, dass etwa die Hälfte der Kinder von ihren Eltern mit dem Pkw zur Schule gebracht und von dort wieder abgeholt werde.

**Kreisrat Hölzl** stellt fest, dass sich die Eltern den Besuch der ISA schon etwas kosten lassen. Er erinnert daran, dass vor rd. fünf Jahren zum ersten Mal über die Thematik diskutiert und dabei auch die Frage gestellt wurde, was mit der ISA für die Region überhaupt erreicht werden soll. Heute habe Herr Kirchmair dargelegt, dass die ISA der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Augsburg und der Region diene. Ohne Zweifel sei die ISA auch eine Bereicherung für die Bildungslandschaft. Wenn die Region diese Schule noch nicht hätte, dann müsste sie auf jeden Fall heute gegründet werden. Kreisrat Hölzl hebt ferner die internationale Durchlässigkeit und den Austausch von Fachkräften aus aller Welt hervor. Die Kinder kommen hierher, können nahtlos in eine Klasse einsteigen und dort weiter arbeiten, wo sie vorher aufgehört haben. Dies sei eine internationale Vernetzung von Bildung.

Um den Standortfaktor noch einmal zu unterstreichen, berichtet **Herr Wagner** von einer japanischen Familie, die sich heuer die Schulen in Nürnberg, München und in Augsburg angesehen habe und noch nicht in der Region angesiedelt war. Ohne die ISA hätte sich diese Familie sicherlich nicht für Augsburg entschieden.

**Kreisrat Buhl** fragt nach, ob es Wartelisten oder Abweisungen gebe und deshalb auch ein Bedarf für eine internationale Schule im Süden gesehen werde. **Herr Wagner** kommt auf den noch international wachsenden Standort zu sprechen, glaubt aber, dass eine solche Schule im Wirtschaftsraum Augsburg im Augenblick wirklich ausreichend sei. Bisher mussten laut **Herrn Kirchmair** keine Schüler abgewiesen werden. Die neue Fraunhofer-Gesellschaft werde als eine ganz wichtige Komponente für die Region angesehen. Hiervon erwarte man sich einen Zuzug von bis zu 600 internationalen und nationalen Spezialkräften. Selbst wenn sich diese beispielsweise in Königsbrunn ansiedeln, dann sei die Anreise zur Schule nach Gersthofen problemlos. Die Schule sei so gebaut, dass auch noch eine Aufstockung möglich wäre. Im Moment habe man eine Kapazität für 420 Schüler.

**Kreisrat Reibacher** kommt auf die von Herrn Kirchmair angesprochenen Ausgleichsflächen zurück, nachdem es dort beim Neubau Schwierigkeiten gegeben habe. Er möchte wissen, wie dieses Problem gelöst werden konnte. **Herr Kirchmair** teilt mit, dass dankenswerterweise Ausgleichsflächen vom Markt Thierhaupten zur Verfügung gestellt wurden. Mit dieser Ausgleichsfläche und einer guten Bepflanzung der jetzigen Schulflächen wären damit alle Wünsche der ISA zufriedengestellt.

**Landrat Sailer** bedankt sich für diese Präsentation und ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

<b>TOP 2 Mittelschulen; Stand der Umsetzung im Landkreis Augsburg Vorlage: 09/0215</b>
--

Anlagen: 2 Schreiben Kultusminister (15.9.09 und 16.9.09)

### Sachverhalt:

In der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 22.9.09 wurde die Bitte geäußert, über den derzeitigen Stand zum Thema Mittelschulen in der nächsten Sitzung zu informieren.

Zu diesem Thema hat das Staatl. Schulamt die beiden Schreiben des Kultusministers (Anlage) als Information zur Verfügung gestellt. Weiteres dazu wird der Leiter des Staatl. Schulamtes, Herr Johannes Ostermeier, in der Sitzung ausführen.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.	HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten:	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
	<input type="checkbox"/> keine	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

--

**Herr Ostermeier** stellt den aktuellen Stand der Entwicklung anhand einer Präsentation dar, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Momentan gebe es 17 Hauptschulstandorte im Landkreis mit etwa 5.000 Schülern und 6 Realschulstandorte mit etwa 4.000 Schülern. Allein aus diesem Vergleich ergebe sich die Notwendigkeit, bei den immer kleiner werdenden Hauptschulen tätig zu werden.

Derzeit sei man in Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern, den Schulleitern, dem Landrat und der Regierung von Schwaben in regional begrenzten Dialogforen dabei, Maßnahmen auf den Weg zu bringen und die 17 Hauptschulstandorte zu etwa 8 Schulverbänden zusammenzuschließen. Dies stehe unter dem Zeichen der Freiwilligkeit. Das ehrgeizige Ziel sei es

aber, den Landkreis insgesamt einer solchen Lösung zuzuführen und aus den Hauptschulen allesamt Mittelschulen zu machen. Alle Schulstandorte würden nach einem Zusammenschluss zu Schulverbänden dann auch den Namen „Mittelschule“ erhalten.

Betrachte man sich die Struktur im Landkreis, dann gebe es trotz der bereits angesprochenen Freiwilligkeit bestimmte Zwänge. Wenn diese nicht erfüllt werden, dann seien auch nicht alle Gemeinden mit im Boot.

Der Landkreis Augsburg sei eine von 8 Pilotregionen in Bayern. Bereits ab Herbst werden andere Regionen in Schwaben mit dem gleichen Ziel die Arbeit beginnen.

Herr Ostermeier erklärt, wenn er die Situation richtig einschätze, dann sehe es im Landkreis von der Struktur her recht günstig aus. Der Landkreis wurde hierfür zunächst in drei Regionen aufgeteilt (Region Nord von Gersthofen bis Meitingen/Thierhaupten, Region Mitte/Nord/West von Stadtbergen, Neusäß, Diedorf über Welden Zusmarshausen, Dinkelscherben bis nach Fischach und Region Süd von Bobingen/Königsbrunn, Großaitingen, Schwabmünchen bis Untermeitingen).

Ein Schulverband müsse den Weg zur mittleren Reife bzw. zu einem gleichwertigen Abschluss anbieten. Hierfür gebe es verschiedene flankierende Maßnahmen, die auf den Weg gebracht werden wollen, die sich an Bildungsstandards orientieren und zumindest im Kernbereich den Abschluss gleichwertig mit dem der Realschule machen. Es sei immer noch ein Manko, dass der M-Abschluss von der Wirtschaft nicht als gleichwertig anerkannt werde.

In ersten Gesprächen habe sich ergeben, dass der Süd-Bereich relativ einfach einer Lösung zuzuführen wäre. Schwabmünchen und Untermeitingen werden sich zusammenschließen. Die beiden Schulstandorte kooperieren jetzt bereits beim M-Zug. Großaitingen werde höchstwahrscheinlich mit Bobingen zusammengehen. Königsbrunn habe zwei Möglichkeiten, entweder einen Schulverband zu gründen oder seine beiden Schulen zu einer Schule zusammenzuschließen.

Im Norden bieten sich verschiedene Lösungen an. So könnte sich Thierhaupten über den Landkreisrand hinaus in Richtung der Landkreise Aichach-Friedberg oder Donau-Ries orientieren. Das Schulamt sei jedoch der Meinung, dass es gelingen sollte, Thierhaupten und Meitingen zu einem Verbund zusammenzuschließen. Langweid hätte ebenfalls zwei Möglichkeiten, sowohl nach Meitingen als auch nach Gersthofen. Hier seien die Gespräche am Laufen, die bis zu den Herbstferien zu einem Ergebnis führen sollen.

Strukturell bedingt sei der in der Präsentation grün gekennzeichnete Bereich der schwierigste. Leichter sei es noch in Neusäß und Stadtbergen, die in einem guten Kontakt stehen. Von der Größe her wäre ein Zusammenschluss von Welden, Zusmarshausen und Dinkelscherben angebracht. Hier treten aber noch einige Probleme auf. Gespräche werden derzeit geführt.

Nicht einfach seien hier auch die Schulverbände zu bewerten. In Welden rekrutiere sich die Schülerschaft im Hauptschulbereich zu je einem Drittel aus dem Markt Welden und Reutern, aus Emersacker/Heretsried und aus Adelsried/Bonstetten. Es gebe Bestrebungen, dass sich Bonstetten und Adelsried aus dem Schulverband Welden lösen und sich Richtung Neusäß orientieren wollen.

Es gebe außerdem Überlegungen, ob sich Welden nach Wertingen orientiere und Emersacker und Heretsried mitgehen. Auch Altenmünster spiele hierbei eine Rolle. Die Gemeinde habe den Wunsch, aus dem Schulverband Zusmarshausen auszuscheren. Aus der Warte des Schulamts bewertet müsste eigentlich dieses Dreigestirn zusammen bleiben, so Herr Ostermeier. Dinkelscherben und Zusmarshausen alleine wären mit Blick auf die Schülerzahlen und die Vorhaltung des entsprechenden Bildungsangebotes grenzwertig zu sehen. Die bisher im Raum stehende Minimalzahl von 300 Schülern pro Verbund sei inzwischen überholt. Inzwischen gehe man von 600 – 700 Schülern aus.

**Kreisrat Hölzl** stellt fest, dass der Standort Welden ohne Altenmünster gar nicht zu halten wäre, falls sich die anderen Gemeinden nach Neusäß orientieren würden. Dies bestätigt **Herr Ostermeier**. Welden befinde sich in Landkreisgrenzlage. Der Schülerstrom von Welden orientiere sich nach Wertingen. Gleiches gelte für Emersacker. Inwieweit hier schon Gespräche geführt wurden, entziehe sich seiner Kenntnis. Aus Sicht des Schulamtes wäre es daher sinnvoll, dass Welden, Zusmarshausen und Dinkelscherben einen Verbund bilden.

Der Standort Fischach habe nach der jetzigen Darstellung eigentlich keinen Partner und wäre als alleiniger Standort in den nächsten Jahren wohl nicht in der Lage, das geforderte Bildungsangebot zu meistern. Hier laufen aber bereits Gespräche mit den Bürgermeistern der Nachbargemeinden dazu, wie man im Raum Dinkelscherben/Fischach durch eine eventuelle Auflösung bestehender Schulverbände zu Neugruppierungen kommen könne. Des Weiteren seien Überlegungen im Gang, die Hauptschule Diedorf im Hinblick auf ein dort zu gründendes Gymnasium zumindest vorübergehend einzubeziehen.

Für Großaitingen und Schwabmünchen würden sich Kooperationsmöglichkeiten aufgrund der räumlichen Nähe anbieten. Oberottmarshausen sei schon im Schulverband mit der Stadt Bobingen, was den Grundschulbereich angeht.

Herr Ostermeier berichtet weiter, dass im Zusammenhang mit den eingeführten Ganztagsklassen in letzter Zeit aus immer mehr Schulstandorten heraus Gastschulanträge gestellt worden seien. Hier gebe es Widerstände der abgebenden Gemeinden. Dieses Problem wäre im Schulverbund mit nur noch einem Sprengel dann gelöst. Innerhalb eines Sprengels habe der Schüler zwar die Wahlmöglichkeit. Die Beförderung werde aber nur zur nächstmöglichen Schule garantiert.

**Kreisrat Dr. Stumböck** möchte wissen, ob sich die Gemeinderäte auf einen Schulverbund einigen müssen oder hier noch die existierenden Schulverbände gefordert seien. **Herr Ostermeier** erklärt, dass alle Bürgermeister beteiligt werden müssen, die Partner in einem Schulverband seien. Die Verbandsmitglieder müssen sich also zu einem Schulverbund einigen. Diese müssen einen Kooperationsvertrag abschließen, in dem beispielsweise festgelegt werde, wie viele Schulräume insgesamt im Verbund zur Verfügung stehen und wie viele genutzt werden.

**Kreisrat Walter** verweist auf die der Vorlage beiliegenden Schreiben an die Staatlichen Schulämter. Demnach sei auch in ländlichen Regionen ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot zu erhalten. Ferner werde keine Mindestgröße der Verbände vom Kultusministerium vorgegeben und die Aussage getroffen, dass Verbände mit 300 oder mehr Schülern in der Lage sein werden, dieses Angebot vorzuhalten. Es werde darin aber auch nicht ausgeschlossen, dass es kleinere Verbände mit diesem Angebot geben könne. An anderer Stelle werden diese Aussagen wiederholt. Nun habe Herr Ostermeier heute erklärt, ein Schulverbund sollte idealerweise mindestens 600 Schüler haben.

**Herr Ostermeier** erläutert, dass in einigen Regionen in Bayern die Entfernungen zwischen drei Schulstandorten zu groß seien, man solche Regionen aber nicht ausschließen möchte. In diesem Fall werde es sicherlich Sondervereinbarungen über den Verbund hinweg geben, wenn es z. B. um das Angebot der Mittleren Reife gehe, das als einziges die genannte hohe Schülerzahl erfordere. Im Landkreis Augsburg werde diese Regelung bei Betrachtung der Zahlen in keinem Fall notwendig sein.

Von **Kreisrat Walter** wird festgestellt, dass sich bei 5.260 Schülern in 246 Klassen ein Durchschnitt von 21,4 je Klasse ergebe. **Herr Ostermeier** berichtet, dass der momentane Schnitt im Grundschulbereich bei 23,0, im Hauptschulbereich bei 21,4 liege.

**Kreisrat Hölzl** kommt auf die Äußerungen von Herrn Ostermeier zurück, wonach Kommunen durch die Schaffung neuer Schulverbände möglicherweise aus dem Landkreis wegbrechen könnten. Bei der damaligen Landkreisreform seien es die hoch- und vielgepriesenen sozioökonomischen Verflechtungen gewesen, die z. B. die Zuordnung der Bürger von Thierhaupten in den Raum Augsburg für geboten erschienen ließen. Deshalb hielte er es für nicht sonderlich gut, den Raum heute wieder anderweitig aufzuteilen, so Kreisrat Hölzl. Es sollte auch von Seiten des Schulamtes unterstützt werden, dass die Räume zusammen bleiben, die in den letzten Jahrzehnten zusammengewachsen seien. Das eine Ziel sei es, die Hauptschule zu erhalten. Dennoch könne man die zurückgehenden Schülerzahlen nicht aufhalten. Kapazitäten und Räumlichkeiten werden somit in Zukunft überall an den Hauptschulen frei werden.

Diese Aussage wird von **Herrn Ostermeier** bekräftigt. In den kommenden Jahren werden die Schülerrückgänge wesentlich stärker sein als in den letzten Jahren. Bei einer Tagung in Nürnberg habe der Chef der neuen Stabsstelle im Kultusministerium vor 400 Zuhörern erklärt, dass die Schülerzahlen im kommenden Jahr an den Realschulen, Gymnasien und Volksschulen bereits sichtbar einbrechen werden. Dem stehe momentan nur noch die gelockerte Übertrittsregelung entgegen, wodurch die Hauptschulen aber prozentual mehr Schüler verlieren als die Realschulen und Gymnasien.

An Kreisrat Hölzl gerichtet erklärt Herr Ostermeier, es sei vom Schulamt natürlich gewollt, dass der Raum beieinander bleibe. Dem Schulamt sei aber hierfür nichts zur Seite gegeben. Dies müssten die Kommunen schon selbst entscheiden. Das Problem im Landkreis sei, dass es immer einen großen und einen kleinen Partner gebe. Der Raum im Norden sei nicht so einfach zu beurteilen. So habe der Schulverband Nordendorf für das nächste Jahr die Schließung der Außenstelle Ehingen beschlossen. Dies sei eine reine Verbandsangelegenheit, mit der das Schulamt nichts zu tun habe.

**Kreisrat Buhl** erklärt, er könne sich noch gut an die von Herrn Püschel vor einigen gemachte Aussage erinnern, wonach in Hessen der Landkreis der „Herr über die Räume aller Schularten“ sei. Er betont, dies würde das Leben ein Stück einfacher machen.

Derzeit gibt es in Bayern nach Aussage von **Herrn Ostermeier** im Vergleich zu anderen Bundesländern noch relativ viele Hauptschüler. Prognostiziert für dieses Schuljahr waren im Jahre 2004 274.000 Schüler, tatsächlich seien es 50.000 weniger. Die Zahl gehe also rapide abwärts. Es gebe nurmehr in 6 Bundesländern Hauptschulen. Dies lasse sich in Bayern momentan noch nicht darstellen. Außerdem sei in Bayern eine Realschul-Lobby am Werk, die dies verhindere. In der Zeitung konnte man lesen, dass die zwischen Stadtbergen und Neusäß sowie zwischen Gersthofen und Neusäß angedachten Kooperationen vom Elternbeirat torpediert worden seien. Im Hintergrund hätten die Lehrer den Elternbeiratsvorsitzenden dazu veranlasst, seine Zusage nicht zu geben.

Wie sich das Ganze in 10 Jahren darstellen werde, könne heute niemand sagen. Deshalb sei es jetzt auch das Ansinnen des Schulamtes, die Verbände möglichst groß zu machen. Es würde keinen Sinn ergeben, mit einem grenzwertigen Verbund zu beginnen und dann in zwei oder drei Jahren festzustellen, dass das Konzept nicht mehr tragfähig sei und nachjustiert werden müsse.

**Kreisrat Reibacher** gibt zu verstehen, dass er für dieses Modell wäre, wenn es der Hauptschule helfen würde. Die Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen, seien aber viel zu groß. Die Zahl der Hauptschüler werde weiterhin abnehmen. Das Ganze sei ein Modell, das statistisch vielleicht stimme, aber pädagogisch überhaupt nicht durchdacht sei. Es könnte leicht sein, dass aufgrund der abnehmenden Hauptschulzahlen schon in fünf Jahren niemand mehr von der Mittelschule spreche. Dann werde wieder ein neues Projekt kommen. Störend sei auch, dass die Kommunen hier etwas ausbaden müssen, was eigentlich woanders entschieden werden müsste.

**Herr Ostermeier** bemerkt, dass sich das Schulamt natürlich auch andere Lösungen wünschen würde. Auf der anderen Seite sehe er aber momentan keine Möglichkeiten als die gebotenen. In die nächste Dekade reiche dieses Modell allemal. Die Alternative wäre die Schließung von Schulstandorten. **Kreisrat Reibacher** macht deutlich, dass die Schulpolitik grundlegend geändert werden müsse, damit die Kinder nicht schon mit 10 Jahren „verschickt“ werden. Dies sei aber leider keine Entscheidung, die man hier treffen könne. Nach Aussage von **Herrn Ostermeier** haben die in letzter Zeit gemachten Umfragen zudem ergeben, dass die Mehrheit der Eltern sich auch künftig für eine frühe Auslese entscheiden würde.

Tatsache ist laut **Kreisrat Walter** aber auch, dass der Übertrittsdruck dringend aus den 3. und 4. Klassen herausgenommen werden müsse. Die Baustelle sei eigentlich die falsche. Er pflichte insofern dem Kollegen Reibacher bei. Eigentlich bräuchte man etwas ganz anders. Auch wenn man hier nicht in der Lage sei, eine Änderung auf den Weg zu bringen, so hindere dies nicht daran, die Problematik beim Namen zu nennen. **Herr Ostermeier** stimmt zu, dass über Bildungspolitik heute zwar diskutiert werden könne, die Politik aber letztendlich entscheiden müsse.

**TOP 3 Betriebskosten Oberschönenfeld;  
Leistungsvereinbarung mit Bezirk Schwaben  
Vorlage: 09/0216**

Anlagen: Museumsausbauplan  
(Darstellung der bisherigen und künftigen Entwicklung)  
Darstellung der Personalstellen

Sachverhalt:

Im Zuge der Haushaltsberatungen des Haushaltes 2009 befasste sich der Schul- und Kulturausschuss zuletzt in seiner Sitzung vom 13.1.2009 (Vorlage 08/0274) mit der Zweckvereinbarung Volkskundemuseum Oberschönenfeld und den damit verbundenen Zuschüssen durch den Landkreis Augsburg, insbesondere zu den Betriebskosten.

In der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. „Der Schul- und Kulturausschuss beschließt folgenden Stufenplan zur Erhöhung des Anteils des Landkreises Augsburg an den ungedeckten Betriebskosten des Volkskundemuseums Oberschönenfeld:  
Der Landkreis Augsburg übernimmt weiterhin 25% der ungedeckten Betriebskosten; der bisherige Höchstbetrag in Höhe von 35.790,43 € (70.000 DM) wird  
2009 auf 115.000 €  
2010 auf 155.000 €  
festgesetzt.
2. Zusätzlich hat sich der Bezirk Schwaben zu verpflichten, bei Personalmehrungen im Volkskundemuseum Oberschönenfeld die Zustimmung des Landkreises Augsburg einzuholen.  
Außerdem ist dem Landkreis Augsburg, vertreten durch den Kreisheimatpfleger und dem Naturparkverein Augsburg Westliche Wälder, zwei Mal im Jahr Gelegenheit zu geben, zusammen mit dem Bezirk bzw. dem Volkskundemuseum Oberschönenfeld die geplanten Arbeiten und Projekte in Oberschönenfeld zu besprechen und abzustimmen.



3. Die bestehende Zweckvereinbarung ist entsprechend Nr. 1 und 2 zu ändern.
4. Im Haushalt sind die entsprechenden Erhöhungen ab dem Jahr 2009 entsprechend einzuplanen.
5. Im Vermögenshaushalt 2009 ist ein Investitionskostenanteil von 69.000 € vorzusehen. In der mittelfristigen Finanzplanung ist bis 2012 ein Betrag in gleicher Höhe einzuplanen.“

Zusammen mit dem Bezirk Schwaben wurde die bestehende Zweckvereinbarung überarbeitet und dem Schul- und Kulturausschuss in der Sitzung vom 22.9.2009 vorgelegt.

In der Sitzung wurde zudem informiert, dass derzeit 25 % der ungedeckten Betriebskosten in Höhe von 1.297.750 € für den Landkreis 310.000 € betragen würden (Basis 2009). Davon sind 72 % (933.300 €) Personalkosten und 28 % (364.450 €).

Zur Frage der Umsatzsteuer bei einer derartigen Zweckvereinbarung mit Leistungsbeschreibung wurde das zuständige Finanzamt um Stellungnahme gebeten. Diese lag bis zur Erstellung dieser Vorlage noch nicht vor. Über das Ergebnis wird, soweit möglich, in der Sitzung mündlich berichtet. Unabhängig von dieser noch zu klärenden Frage ist nunmehr dem Grunde nach zu klären, in welcher Höhe der Landkreis bereit ist, sich ab 2011 an den ungedeckten Betriebskosten zu beteiligen. Die konkrete Ausgestaltung der Vereinbarung kann dann der Auskunft des Finanzamtes entsprechend angepasst werden.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. 3210.7120	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		115.000 €	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

Bemerkungen:

--

**Landrat Sailer** verweist auf die Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge aus der letzten Sitzung, u. a. zur Bezeichnung der Vereinbarung und zu einer eventuellen Modifizierung der Kündigungsfrist.

**Herr Püschel** erläutert, die ausgereichte Vorlage samt Anlagen entspreche grundsätzlich erst einmal der Vorlage aus der letzten Sitzung. Zwischenzeitlich hatte die Verwaltung die Aufgabe, die Umsatzsteuerfrage zu klären. Aus Sicht des Finanzamtes Augsburg-Land gebe es keine Probleme bezüglich des Urteils des Bundesfinanzhofs. Dies sei zwar aus dem Urteil nicht unmittelbar erkennbar. Das Finanzamt schließe dies aber daraus, dass im Gegensatz zum Urteil zwei öffentlich-rechtliche Körperschaften miteinander in Vertragsbeziehungen treten. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass der Bezirk Schwaben ohnehin um-

satzsteuerbefreit wäre. Insofern sehe das Finanzamt Augsburg-Land im Hinblick auf diese Vertragsgestaltung keine Schwierigkeiten.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wurde ferner darum gebeten, eine Personalaufstellung vorzulegen. Dies sei mit der Anlage zu dieser Vorlage erfolgt.

Herr Püschel erklärt, man sei durchaus in der Lage, die Vereinbarung nochmals zu überarbeiten, der Bezirk Schwaben habe aber darum gebeten, aus Gründen der Planungssicherheit baldmöglichst vom Landkreis einen Hinweis über die Höhe der Beteiligung zu bekommen. In der heutigen Sitzung wäre hierüber dem Grunde nach zu entscheiden.

**Kreisrat Hölzl** berichtet, die CSU-Fraktion habe sich in ihrer Sitzung am 28.09.2009 nochmals intensiv mit der Angelegenheit befasst. Bezugnehmend auf die Unterlagen aus der letzten Sitzung sollen die für die Jahre 2009 – 2012 vorgeschlagenen Beträge übernommen werden. Ab dem Jahr 2013 sollte die Beteiligung in Höhe von 25 % der ungedeckten Betriebskosten aber nicht ohne Beschränkung vom Landkreis übernommen, sondern diese bis 300.000 € gedeckelt werden. Bei einem Defizit von 21,4 Mio. € wären ansonsten im Jahr 2013 schon 310.000 € fällig. Niemand wisse, wohin sich dies entwickeln werde, weshalb die CSU-Fraktion ein bisschen mit Steuern wolle.

Ferner spricht Kreisrat Hölzl die Kündigungsfrist an. Bisher sei vorgesehen, dass die Vereinbarung von beiden Seiten jeweils zum Ende des Haushaltsjahres mit zweijähriger Kündigungsfrist schriftlich gekündigt werden könne, erstmals zum 31.12.2018. Bereits in der letzten Sitzung wurde von Landrat Sailer die Meinung vertreten, dass dieser Termin schon sehr weit gehe. Die CSU-Fraktion schlage daher vor, als erstmaligen Kündigungstermin den 31.12.2015 vorzusehen.

Zu Punkt 2 des Beschlussvorschlags bittet Kreisrat Hölzl um Einarbeitung der von Landrat Sailer gemachten Anregungen hinsichtlich einer entsprechenden Beteiligung des Landkreises Augsburg.

**Kreisrätin Grünwald** erinnert an den Satz „Kultur kostet Geld“. Dies sei auch bei diesem Museum der Fall. Der Beitrag des Landkreises solle natürlich weiter steigen. Bezüglich der Summen für 2009 und 2010 wurde bereits im Zuge der Haushaltsberatungen Einigkeit erreicht. Je höher diese Summen werden, umso eingeschränkter sei man allerdings in anderen Bereichen. Kreisrätin Grünwald erklärt, sie würde es daher schon gerne sehen, wenn die weiteren Erhöhungen noch verschoben und hierüber wieder im Zuge der Haushaltsberatungen Beschlüsse gefasst werden könnten. Es handle sich schließlich um eine sehr hohe Summe, der sich die SPD-Fraktion auch nicht ganz verweigern möchte. Eine gewisse Deckelung sollte auf jeden Fall erfolgen.

Von **Landrat Sailer** wird die letzte Sitzung angesprochen, in der über den 5-Stufen-Plan diskutiert wurde. Der Bezirk Schwaben habe ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von 750.000 € für Oberschönenfeld aufgelegt. Der Vollständigkeit halber sollte auch erwähnt werden, dass es das ursprüngliche Ziel einer sehr lange zurückliegenden Vereinbarung gewesen sei, dass sich der Landkreis mit 25 % beteilige. Eine Prüfung habe außerdem ergeben, dass für die Bezirksmuseen Illerbeuren und Maihingen ebenfalls eine 25 %-ige Beteiligung der dortigen Landkreise erfolge.

**Kreisrätin Grünwald** merkt an, dass bei den Investitionskosten ohnehin 25 % vom Landkreis übernommen werden. Hier sei man sich einig. Hierauf könne sich der Bezirk Schwaben jetzt bereits verlassen.

**Kreisrätin Finkel** schließt sich den gemachten Vorschlägen an, um dem Bezirk Planungssicherheit zu geben. Die Deckelung bis 300.000 € sollte so beschlossen werden. Diese Auffassung wird auch von **Kreisrat Reisbacher** vertreten.

**Kreisrat Buhl** erklärt, seine Fraktion werde in dieser Höhe mitziehen. Mit der von der CSU vorgeschlagenen Deckelung könne er ebenfalls leben. Wenn nun eine Beschränkung der Laufzeit auf das Jahr 2015 erfolgen solle, dann wäre aber intern eine Wiedervorlage nötig, um irgendwann auch über eine Öffnung des Deckels reden zu können. Ansonsten werde man das gleiche Problem der davonlaufenden Kosten in ein paar Jahren wieder haben. Schließlich hätte der Bezirk Schwaben jetzt bereits wesentlich mehr Gelder vom Landkreis erhalten können, wenn er auf Vertragserfüllung gepocht hätte. Das gegenseitige Vertrauen müsse außerdem da sein, auch wenn es um die Nutzung der Räumlichkeiten etc. gehe. Man brauche nicht alles bis ins Detail regeln.

**Landrat Sailer** stellt fest, mit dieser Lösung gehe der Landkreis in die richtige Richtung. Der Deckel solle in erster Linie eine disziplinierende Wirkung haben. Wenn entsprechende Entwicklungen eintreten, dann könne man darüber sicherlich auch dem Grunde nach verhandeln. Der Einstieg sollte nun gemacht werden, wobei Landrat Sailer anstelle der zweijährigen eine jährliche Kündigungsfrist vorschlägt.

Wünschenswert wäre auch Sicht von **Kreisrätin Huber**, in die nähere Ausgestaltung der Vereinbarung die Fraktionen sowie den Kreisheimatpfleger einzubeziehen. Die Einbeziehung des Kreisheimatpflegers ist nach Mitteilung von **Herrn Püschel** ohnehin bereits vorgesehen.

**Landrat Sailer** schlägt vor, nun den Beschluss mit den besprochenen Eckpunkten einer Deckelung, einer veränderten Kündigungsfrist sowie der näheren Ausgestaltung zu fassen. Haushaltsrechtlich greife dieser Beschluss ohnehin erst ab dem Jahr 2011. Für 2010 wurde bereits ein Grundsatzbeschluss gefasst.

Hiermit erklären sich die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses einverstanden und fassen folgenden

### Beschluss:

1. Der Schul- und Kulturausschuss beschließt, dass der Landkreis Augsburg sich an den ungedeckten Betriebskosten des Schwäbischen Volkskundemuseums Oberschönenfeld in folgender Höhe ab 2011 beteiligt:

2011: 195.000 Euro  
2012: 235.000 Euro

Ab dem Jahr 2013 beteiligt sich der Landkreis mit 25 % an den ungedeckten Betriebskosten, jedoch gedeckelt bis 300.000 €

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die nähere Ausgestaltung der Zweckvereinbarung auf der Basis des in der Sitzung vom 22.9.2009 vorgelegten Entwurfs, unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Finanzamtes zur Frage der Umsatzsteuer mit dem Bezirk sowie einer jährlichen Kündigungsfrist ab dem Jahr 2015, abzuschließen und die erforderlichen Mittel in den Haushaltsplanungen zu berücksichtigen.
3. Neben dem Kreisheimatpfleger sollen Vertreter der Fraktionen aus dem Schul- und Kulturausschuss an den Abstimmungsgesprächen über die jeweils geplanten museumsbezogenen Arbeiten und Projekte beteiligt werden.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: 0

<b>TOP 4 Kulturtage Holzwinkel; Antrag auf Zuschuss REAL West e. V. Vorlage: 09/0217</b>
--

Anlagen: 1 Projektskizze

### Sachverhalt:

REAL West e.V. teilte Herrn Landrat Martin Sailer mit, dass im Jahr 2010 eine kulturelle Kooperation der Holzwinkelgemeinden Welden, Heretsried, Bonstetten, Emersacker und Adelsried in Form eines Kultursommers geplant sei, der im zweijährigen Turnus regelmäßig durchgeführt werden soll. Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Holzwinkelgemeinden in dieser Art sei demnach neu und zukunftsweisend für das ganze REAL-Gebiet. Über die gemeinsamen Kulturerlebnisse soll eine neue Identität entstehen, die auch Projekte in anderen Themenbereichen künftig erleichtern soll.

Der beigefügten Projektskizze kann entnommen werden, dass bei der Kulturveranstaltung Kosten von ca. 26.000 € entstehen werden und ca. 10.000 € an Einnahmen erwartet werden. REAL West will daher einen ELER-Antrag auf Zuschuss der Kosten stellen. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass alle Veranstaltungen des Kultursommers gefördert werden. Es wurde daher um Prüfung gebeten, ob der Landkreis für diese Veranstaltung einen Zuschuss bereitstellen könne.

Offizieller Veranstalter des Projekts soll die VG Welden sein, ideeller Projektträger der Kulturkreis des Heimatvereins Welden, der Idealfall in einem neuen Kulturkreis Holzwinkel aufgehen soll.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
X Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

--

Zu diesem Punkt stellt **Herr Püschel** den Sachverhalt dar. Er verweist ergänzend dazu auf die Diskussion im Rahmen der Haushaltsberatungen, ob REAL West vom Landkreis dem Grunde nach eine Förderung erhalten könne. Es sei die Frage erörtert worden, ob ein ständiger laufender Zuschuss gewährt, ein Beitritt des Landkreises zu REAL West erfolge oder ein einwohnerbezogener Beitrag gezahlt werden sollte. Diese Diskussion sei in jüngerer Vergangenheit wieder aufgeflammt. REAL West werde zu den Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag auf regelmäßige Förderung stellen. In den Vorgesprächen wurde nachgefragt, ob der heute vorliegende Antrag damit als erledigt betrachtet werden könne. Dies sei nicht der Fall, weil Antragsteller nicht REAL West, sondern die VG Welden sei.

**Kreisrat Hölzl** möchte wissen, ob eine einmalige oder dauerhafte Förderung der Kulturtage gewünscht werde. Zunächst soll es sich laut **Herrn Püschel** um eine einmalige Förderung handeln.

**Kreisrat Hölzl** hält solche Initiativen für sehr begrüßenswert, gibt aufgrund der ähnlichen Angebote in Diedorf, Dinkelscherben und Kutzenhausen sowie aufgrund eigener Erfahrungen mit dem Freundeskreis Kloster Thierhaupten zu bedenken, dass der Landkreis in der Vergangenheit immer nur dann gefördert habe, wenn eine solche Veranstaltung einen überregionalen Charakter hatte. Des Weiteren erinnert er an die Beschlusslage, im Jahr 2010 die nächsten Kultur- und Heimattage durchzuführen. Diese habe man bisher immer mit sparsamen Haushaltsmitteln über die Bühne gebracht. Kreisrat Hölzl erklärt, es sollten daher heute keine Erwartungshaltungen geweckt und der Antrag seiner Auffassung nach abgelehnt werden. Der Landkreis sollte seine klare Haltung auch in Zukunft beibehalten.

**Kreisrätin Finkel** möchte wissen, ob bereits weitere ähnliche Anträge an den Landkreis gestellt wurden. Dies wird von **Herrn Püschel** verneint. Allerdings sei ein Antrag bezüglich einer generellen Förderung von REAL West (einwohnerbezogen) zu erwarten.

Im vorliegenden Antrag geht es nach Feststellung von **Kreisrat Dr. Stumböck** nicht um einen konkreten Geldbetrag, sondern zunächst um die grundsätzliche Bereitschaft des Land-

kreises zur Förderung. Bisher sei noch gar nicht bekannt, wie das Defizit im Endeffekt aussehen werde.

Von **Kreisrätin Huber** wird in diesem Zusammenhang auf das Begegnungsland Lech-Wertach verwiesen. Auch dieser Verein wird laut **Herrn Püschel** mit einem Antrag auf Grundförderung an den Landkreis herantreten.

**Kreisrat Walter** erachtet die Förderung von REAL West und dem Begegnungsland Lech-Wertach insofern als schwierig, als sich deren Einzugsgebiet nur teilweise mit dem Landkreisgebiet deckt. Dies sei bei den Vereinen Donautal oder Wittelsbacher Land anders.

**Landrat Sailer** verweist diesen Punkt zu Beratung in die Fraktionen.

#### **TOP 5    Verschiedenes**

**Landrat Sailer** bittet Herrn Püschel um den aktuellen Sachstand zu den Turnhallen bei den Leonhard-Wagner-Schulen.

**Herr Püschel** verweist auf die Darstellung in der letzten Sitzung. So wurden die Turnhallen zunächst geschlossen, weil noch kein tragfähiges Gutachten vorlag, mit dem die Einschätzung der LGA nachvollzogen werden konnte. Dieses Gutachten sei nach der letzten Sitzung vorgelegt worden. Die Hallen konnten daraufhin wieder geöffnet werden.

Im Moment erfolge eine Überprüfung der Dachkonstruktion unmittelbar unterhalb der Photovoltaikanlage. Es gebe Bedenken, dass diese Holzkonstruktion nass geworden sein könnte. Das Dach müsse aufgrund der in die Halle eingedrungenen Nässe wohl dem Grunde nach saniert und dafür die Photovoltaikanlage vorübergehend abgebaut werden, so Herr Püschel weiter.

**Kreisrat Buhl** merkt an, Herr Püschel habe in der letzten Sitzung von einer Stahlkonstruktion gesprochen. Dazu erläutert Herr Püschel, es gebe eine Primärtragkonstruktion in Stahlbeton, während zur leichten Abschrägung des Daches eine Holzkonstruktion gewählt wurde, die nichts mit der Statik zu tun habe.

#### **TOP 6    Wünsche und Anfragen**

keine Wünsche und Anfragen